

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verabschiedung ausscheidender Ratsmitglieder;
Martin Roßkopf (SWG)**

Der Vorsitzende würdigt das ehrenamtliche Engagement von Herrn Roßkopf, das 2001 mit dem Einzug in den Stadtrat begann, das über eine Vielzahl von Ausschussmitgliedschaften bis zum Fraktionsvorsitz führte und das Herr Roßkopf aus gesundheitlichen Gründen heute aufgibt. Er verabschiedet ihn unter dem Applaus des Plenums mit einem Weinpräsent und der Ratsmedaille "800 Jahre kommunale Selbstverwaltung in Speyer".

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ratsmitglieder nach § 30 GemO;
Sandra Selg (SWG)**

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Selg entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO).

Frau Selg wird auch den Fraktionsvorsitz der SWG-Stadtratsfraktion übernehmen; neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist Frau Dr. Mang.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Rettungswache;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 01.10.2015
Vorlage: 1663/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass bereits im Bau- und Planungsausschuss in der gleichen Woche die Vorstellung des Campus-Konzepts des Stiftungs- und Diakonissenkrankenhauses erfolgte; dabei ist auch die Einrichtung der Rettungswache vorgesehen. Laut Gesetz muss die Rettungswache an ein Krankenhaus angelehnt sein. Die Entscheidung liegt letztendlich beim Träger des Rettungsdienstes und nicht bei der Kommune. Im Bau- und Planungsausschuss wurde der Standort positiv beurteilt. Für den Rat werden die nächsten Schritte die Konkretisierung der Planung und die Frage der Finanzierung sein; damit ist frühestens für den Nachtrag 2016 zu rechnen. Die Anfrage ist damit als zunächst beantwortet.

**Gegenstand: Mängelmelder;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 02.10.2015
Vorlage: 1664/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Es erfolgt eine kurze mündliche Einführung durch Herrn Dr. Moser.
Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1: Hat die Stadtverwaltung bereits die Einführung einer derartigen App geprüft?

Eine Mängelmelder-App wurde bereits angedacht, aber aus mehreren Gründen bislang nicht realisiert.

zu Frage 2: Wenn ja, was war das Ergebnis?

1. Eine Mängelmelder-App macht aus Sicht der Verwaltung erst Sinn, wenn es ein entsprechendes virtuelles Angebot der Stadt für mobile Endgeräte gibt. Die mobile Version der Speyer-Seite als City-App wurde erst Dezember 2014 in Betrieb genommen. Danach waren noch Anpassungs- und Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich.
2. Zudem wurde die Idee eines "Scherbentelefon" (SPD-Antrag März 2012) bereits in der Sitzung des Stadtrats am 10.05.2012 mit Hinweis auf die bestehende einheitliche Behördennummer 115 als eher kritisch beurteilt und in den Aufbau des Beschwerdemanagements mit dem Online-"Kummerkasten" (Mailfunktion) übernommen.
3. Mit der Einrichtung einer App allein ist die Aufgabe nicht gelöst. Im Hintergrund bedarf es personeller Ressourcen, um die eingegangenen Meldungen zu sichten, zu kanalisieren, deren Abarbeitung zu verifizieren und die Meldenden zu informieren. Mit der aktuellen Umstrukturierung des Büro OB und der Rückübertragung auf die Abteilung Hauptverwaltung wurde auch die Möglichkeit geschaffen, sich u.a. der Aufgabe des Beschwerdemanagements anzunehmen. Zudem erleichtert die kürzlich in Betrieb genommene hausinterne Technik der elektronischen Ticketerstellung diese Arbeit.

zu Frage 3: Wenn nein, welche der erwähnten Vorteile könnte die Stadt durch die Einführung der derartigen App erzielen?

entfällt, siehe 2.

zu Frage 4: Welche Kosten würden der Stadt durch die Einführung einer derartigen App entstehen – einmalig und jährlich?

Die Einführung der Mobilversion einer Mängelapplikation für Apple- und Android-Geräte unseres Internet-Providers Chamaeleon (CMS Webseite, Bürgerinformationssystem

rlpDirekt) kostet einmalig 990 € netto und in der Folge für Hosting, Support, Update 79,- € netto monatlich (948 € p.a.). Hinzu kämen rechnerisch die anteiligen Personalkosten für die Bedienung der App, die sich aufgrund mangelnder Erfahrungswerte derzeit aber nicht abschätzen lassen. Der rlpDirekt Mängelmelder würde nahtlos mit den sonstigen Online-Informationsdiensten der Stadt korrespondieren, weil alle Module aus dem gleichen Softwarehaus stammen.

Eine Umsetzung der App "MängelMelder RLP" wäre damit relativ zügig möglich. Ein entsprechender Informationsflyer wird dem Rat zum Tagesordnungspunkt ausgelegt. Die Informationen werden vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Gegenstand: Eh da-Flächen;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 02.10.2015
Vorlage: 1665/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Dr. Jung. Nach Ansicht der CDU hat es die Natur schwer, besonders in der Stadt Speyer mit der kleinsten Gemarkungsfläche. Deshalb bietet sich an, vorhandene Bereiche wie Verkehrsinseln, Hangstreifen etc. als ökologische Inseln im Stadtgebiet zu nutzen. Er verweist auf eine neue Broschüre des Umweltministeriums dazu. Das Ganze könnte in Kooperation mit RLP Agrosience in Neustadt und dem BUND als erstmaliger Pilot in einer größeren Stadt relativ kostenneutral erfolgen. Über die Ergebnisse der Gespräche sollte dann im Umweltausschuss berichtet werden.

Herr Dr. Mohler könnte dem Antrag zustimmen, wenn dadurch die ohnehin nicht besonders gepflegten Anlagen nicht weiter vernachlässigt werden. Es bedarf der Vorlage eines ordentlichen Konzepts, ansonsten muss er das Ansinnen ablehnen.

Herr Förster fordert am Beispiel Gehölzentfernung in der Burgstraße, vorausschauend zu planen, um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, was die Personaldecke der Stadtgärtnerei und den Umgang mit pflegeintensiven Gehölzen angeht. Der Vorsitzende will mit dem Protokoll verschicken, was eigentlich eh-da-Flächen sind. Eine Anwendung auf Privat- z.B. Bahngelände ist nicht möglich; dort wurden die Gehölze von der Bahn weggenommen.

Herr C. Ableiter begrüßt zunächst gepflegte Grünanlagen, was jedoch den entsprechenden Personalkegel erfordert. Er beobachtet allerdings, dass auf einigen Verkehrsinseln eine regelrechte "Verwüstung" durch Schotter und einzelne Pflanzen stattfindet. Dann lieber eine Wildblumenmischung, wenn man es nicht richtig pflegen kann. Er bezeichnet den Antrag als Weg in die richtige Richtung.

Laut Herrn Feiniler ist der Antrag aus Sicht der SPD begrüßenswert. Allerdings sollte sich der Rat generell mit den Grünflächen im Stadtgebiet befassen, da in den vergangenen Jahren ein deutlicher Rückgang der Grünflächenpflege zu verzeichnen sei und eine Gesamtkonzeption notwendig ist. Er stellt einen Vergleich mit der Stadt Mainz an. Der Vorsitzende erläutert nochmals, dass im Umweltausschuss darüber berichtet werden kann, was Eh-da-, was Privat- und was öffentliche Grünflächen sind.

Frau Münch-Weinmann stellt fest, dass die Grünen im letzten Wahlkampf für dieses Thema noch belächelt wurden. Man muss aber auch große Flächen im Blick behalten, z.B. den Parkplatz am Schwimmbad, der frisch versiegelt wurde. Dabei sollen Ehrenamtliche, z.B. Schulen, verstärkt eingebunden werden. Die Grünen-Fraktion unterstützt den Antrag.

Die SWG-Fraktion stimmt laut Frau Selg dem Antrag zu, hat dazu aber 3 Forderungen: Es muss kostenneutral passieren, darf das Personal nicht überdimensioniert belasten und soll die Übernahme von Patenschaften ausbauen.

Aus Sicht des Vorsitzenden sollte sich zunächst der Umweltausschuss mit der Frage der eh-da-Flächen befassen. Herr Dr. Jung beharrt auf dem Wortlaut des Antrages, dass die Verwaltung zunächst mit der RLP Agrosience und dem BUND Kontakt aufnimmt, was überhaupt machbar ist und danach in den Umweltausschuss geht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der RLP Agrosience in Neustadt und dem BUND zu klären, unter welchen Voraussetzungen ein Projekt „Eh da-Flächen“ in Speyer als Modellprojekt für andere kreisfreie Städte realisiert werden kann. Über das Prüfungsergebnis soll alsbald dem Umweltausschuss berichtet werden.

**Gegenstand: Asylverfahren;
Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 02.10.2015
Vorlage: 1669/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Einleitung erfolgt durch Frau Selg, die ihren großen Respekt vor der Arbeit der vielen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zum Ausdruck bringt. Die SWG hat zwei Punkte auf der Agenda: den Sachstand bei den 6 neu bewilligten Stellen und die Rückführungsmöglichkeiten.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.) ***In welchem der oben genannten vier Zielbereiche sollen die sechs neuen Sachbearbeiterstellen eingesetzt werden?***

Zunächst wird darauf verwiesen, dass 6 neue Vollzeitäquivalente beschlossen wurden, was einen Unterschied macht. In welchen Bereichen diese benötigt werden, wird derzeit mit den anderen Akteuren ausgelotet, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

zu Frage 2.) ***Ist daran gedacht, neue Stellen dafür einzusetzen, um diejenigen ohne Bleibeperspektive zügiger als bisher zurückzuführen?***

Unter Verweis auf die vorgenommene Umstrukturierung im FB 2, die bereits vorgestellt wurde, wird erläutert, dass Herr Trost, der umfassende Kenntnisse im Ausländerrecht mitbringt, die neue Koordinierungsstelle für asylrechtliche Fragen übernommen hat. (Freiwillige) Rückführung ist das primäre Ziel, das auch vom Land verfolgt wird.

zu Frage 3.) ***Wie viele Rückführungen wurden von der Verwaltung in den Jahren 2013, 2014 und von Januar bis September 2015 veranlasst?***

2013 = 1, 2014 = 3, 2015 = 6

zu Frage 4.) ***Wie viele Rückführungen sind Stand September 2015 von der Verwaltung noch zu veranlassen?***

Derzeit 5 Familien mit insgesamt 28 Personen.

zu Frage 5.) ***Bezuschusst das Land zusätzliche Personalstellen wenn diese Stellen zur Rückführung eingesetzt werden? Wenn ja, hat die Verwaltung ihren Antrag zur Zuschussung im Rahmen dieser 6 neuen Stellen bereits gestellt?***

Es ist nicht bekannt, dass vom Land Kosten für solche Personalstellen übernommen würden. Ein Mehraufwand wird nur für Ausländerbehörden dort berücksichtigt, wo Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen. Sofern der SWG darüber hinaus Kenntnisse vorliegen, sollten diese der Verwaltung übermittelt werden.

Gegenstand: Gewerbesteuer der Stadt Speyer
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.10.2015
Vorlage: 1662/2015

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Münch-Weinmann erläutert einleitend den Informationsbedarf der Fraktion.
Eine Nachfrage des Vorsitzenden, ob die Menge der Zahleninformationen mündlich verlesen werden soll, wird von der antragstellenden Fraktion bestätigt.

Der Vorsitzende beantwortet daraufhin die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.) Wie viele Betriebe zahlten ihre Gewerbesteuer in den letzten drei Jahren 2012 - 2013 - 2014 (Anzahl der Betriebe und prozentual)?

2012: Gesamtanzahl 1.469; davon bezahlt 1.099 (75 %) in Voll- und Teilbeträgen
2013: Gesamtanzahl 1.577; davon bezahlt 1.152 (73 %) in Voll- und Teilbeträgen
2014: Gesamtanzahl 1.557; davon bezahlt 1.129 (72,5 %) in Voll- und Teilbeträgen

zu Frage 2.) Wie hoch ist der Anteil der Betriebe die keine Gewerbesteuer bezahlen?

2012: 143 = ca. 10 %
2013: 131 = ca. 8,3 %
2014: 108 = ca. 7 %

zu Frage 3.) Bei wie vielen Betrieben wurde die Steuer gestundet?

2012: 31
2013: 33
2014: 25

zu Frage 4.) Bei wie vielen Betrieben wurde die Steuer erlassen?

2012 - 2014: 0

zu Frage 5.) Welche Gründe liegen vor, wenn keine Gewerbesteuer bezahlt wird?

- Starke Auftragsrückgänge von Kunden/Großkunden,
- anderweitige private Verbindlichkeiten,
- Nachzahlungen für mehrere zurückliegende Jahre (lt. Messbescheiden der Finanzämter),
- offen stehende Bankkredite,
- ausgeschöpfter Kreditrahmen,
- Vorphändungen anderer Gläubiger,
- Krankheit,
- familiäre Schwierigkeiten (Trennung, Tod Angehöriger etc.),
- Täuschung/Absetzen durch/von Firmenpartnern,
- Insolvenzverfahren eröffnet,
- Wegzug aus Zuständigkeitsbereich,
- Aufenthalt teilweise nicht zu ermitteln.

zu Frage 6.) Was tut die Verwaltung, damit Gewerbebetriebe ihren Zahlungen nachkommen?

- Mahnen,
- evtl. kurzfristige Stundungen (Einzelfallprüfung) gewähren (verzinst), um Engpässe der Steuerpflichtigen abzumildern,
- Konten pfänden,
- Abnahme der Vermögensauskunft (früher: eidesstattliche Versicherung),

- evtl. kurzfristige Zahlungsvereinbarungen mit Schuldnern treffen, damit Schulden „verträglich“ abgebaut werden können,
- Pfänden von Gegenständen (z. B. Kfz),
- Wohnungsöffnungen beantragen,
- pfänden/sicherstellen von Wohnungsgegenständen,
- Anregung von Gewerbeuntersagungsverfahren,
- Haftungsbescheide gegen Geschäftsführer erlassen.

zu Frage 7.) **Welche Rolle spielt bisher die Gewerbesteuer bei der Ansiedlung von neuen Betrieben?**

Die ansiedlungswilligen Betriebe streben aus verschiedenen Gründen den Standort Speyer an. Hierbei spielen - wie in der aktuellen IHK Standortumfrage deutlich wird – diverse Faktoren eine Rolle. Im Zusammenspiel mit den anderen Faktoren (allgemeine, Verkehr, Arbeitsmarkt und Flächenangebot, Kommunale WiFö, Verwaltung und weiche Standortfaktoren) ist dabei im Bereich Verwaltung die Höhe der kommunalen Abgaben nicht allein entscheidend. Hier liegt Speyer im pfalzweiten Vergleich bei der Zufriedenheit deutlich über dem Schnitt (Pfalz 3,6 – Speyer 3,3 auf einer Skala von 1 sehr zufrieden bis 6 völlig unzufrieden).

Gewerbesteuer spielt keine zentrale Rolle bei der Ansiedlung neuer Betriebe.

zu Frage 8.) **Wie wird die Entwicklung der Gewerbesteuer in den nächsten drei Jahren prognostiziert?**

Basierend auf dem aktuellen Hebesatz von 405 v. H. und der regionalisierten Steuerschätzung vom Mai 2015 ergibt sich folgende Prognose:

2016: 38.200.000 € (Erhöhung gegenüber Vorjahr 3,9 %, Basis RE 2014: 36.752.874 €)

2017: 39.384.000 € (Erhöhung gegenüber Vorjahr 3,1 %)

2018: 40.447.000 € (Erhöhung gegenüber Vorjahr 2,7 %)

Als Zusatzfrage möchte Frau Münch-Weinmann wissen, wie sich die Diskrepanzen zwischen dem städtischen Controllingbericht und den Internetveröffentlichungen auf www.haushaltssteuerung.de erklären. Dies kann vor Ort nicht ermittelt werden.

[Protokollnotiz:

Auf welcher Basis haushaltssteuerung.de seine Daten zu welchem Zeitpunkt abrufen, kann nicht nachvollzogen werden. Da die Rechnungslegung ein sehr dynamischer Prozess ist, können Differenzen auftreten, wenn vor dem endgültigen Abschluss Daten ausgelesen werden. Die Zahlen, die im kommunalen Controllingbericht ausgegeben wurden, sind die gültigen Rechnungswerte.]

**Gegenstand: Verabschiedung eines Integrativen Stadtmarketingkonzeptes
für die Stadt Speyer
Vorlage: 1670/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Wölfel vom Beratungsbüro Project M/CIMA, der die Ergebnisse und Empfehlungen der Stadtmarketinganalyse in einer Präsentation vorstellt. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anhang beigelegt.

Er stellt dabei die Ausgangssituation, den chronologischen Ablauf der Arbeitsphase sowie die Analysephasen vor. Das neue Leitbild orientiert sich am Schwerpunkt Lebensqualität contra Quantitative Steigerung sowie dem Erhalt und der Steigerung des Gemeinschaftssinns. Dargestellt wird dies an 9 Handlungsfeldern (4 strategische, 5 operative) des Stadtmarketings. Ziel ist das Herausarbeiten eines "Markenprofils" – bei dem Weglassen wichtig ist. Er erläutert dies an einigen Beispielen für Marketingmaßnahmen mit Fahrplan.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das bisherige Stadtleitbild u.a. die Forderung nach einem Regionalflyer enthielt, den heute sicherlich keiner mehr will.

Herr Dr. Mohler verliest eine vorbereitete, schriftliche Stellungnahme der Freien Wähler Speyer, wonach Speyer im Moment nichts weniger brauche als ein Stadtmarketing voller phrasenhafter Begriffe für rund 100.000 €. Exemplarisch für die bestehende Attraktivität Speyers sei der mangelnde Wohnraum in einer Stadt voller Touristen. Wenn auf Basis des Berichtes aber in Sachen Toleranz, Kultur, Engagiertheit und Liebenswürdigkeit innerhalb der Stadtverwaltung ein Defizit unterstellt werden muss, soll der OB sein eigenes Haus in Schuss bringen und sinnvoll das fruchtbare Feld der Stadt Speyer bearbeiten. Vielmehr werde eine Verbesserung der teilweise desolaten Infrastruktur benötigt. Er wiederholt seine Kritik am Zustand öffentlicher Anlagen und zahlreicher Dreckecken in der Stadt.

Aus Sicht von Herrn Ableiter sind die Kernwerte des Beratungsbüros zutreffend. Allerdings sieht die BGS kaum mehr Entwicklungsmöglichkeiten im gewerblichen Bereich. Speyer hat mit das höchste Mietniveau im Land, daher gibt es keine Notwendigkeit, weitere Neubürger anzuziehen. Auch im Tourismusbereich bewegt sich die Stadt im Grenzbereich des Erträglichen. Er wirft die Frage auf, welches Ziel eine Stadt wie Speyer noch verfolgen kann. Die 100.000 € sind aus seiner Sicht nicht richtig angelegt, weil man nichts davon hat. Sie wären besser in der inneren Entwicklung angelegt worden.

Herr Czerny wirft lakonisch ein, man könne ja den St.-Guido-Stifts-Platz als erste eh-da-Fläche ausweisen.

Aus seiner Sicht werden Fragen aus dem Hotel- und Gaststättenbereich und zum Umsatz des Handels mit Radfahrenden nicht beantwortet. Außerdem wurden im Zukunftsdialog nur positive Beiträge erwartet; kritische Feststellungen wurden nicht zugelassen. Das Markenprofil ist ein Kunstprodukt, das der Bevölkerung übergestülpt wird, anstatt sie einzubinden. Die 5 genannten Punkte sind teilweise unverständlich. Die Mittel für das kommende Jahr sollten aus Sicht der Grünen vorerst zurückgestellt werden und vor Freigabe ein Monitoring im Ausschuss stattfinden.

Der Vorsitzende verweist auf die Veranstaltung im Alten Stadtsaal, in der ausdrücklich Kritik gefragt war. Die 5 Punkte sind für die EntscheidungsträgerInnen gedacht und in der Gesamtdokumentation ist im Ratsinfo (Vorlage 1679/2015) nachlesbar. Bezüglich Handel und RadfahrerInnen gibt es kein valides Datenmaterial.

Die bisherigen Vorträge werden dem Thema aus Sicht von Herrn Dr. Jung nicht gerecht. Der Marketingprozess stellt eine notwendige Selbstreflexion der Bürgerschaft zur Weiterentwicklung dar und wird immer wieder erforderlich, da sonst Stillstand herrscht. Er verweist auf die Kontinuität der 60/70er Jahre, die 2000-Jahr-Feier 1989 und das Stadtleitbild der 90er Jahre. Stadtmarketing ist kein Werbekonzept, sondern eine innenbezogene Entwicklung, die auch das Profil der Stadt nach außen zeigt. Diejenigen, die nicht oder lückenhaft am Entstehungsweg teilgenommen haben, verstehen Vieles vermutlich nicht oder missverständlich. Für die CDU gilt es nun, dieses Ergebnis mit Leben füllen.

Auch Herr Brandenburger äußert sich erschüttert, wie die intensive gemeinsame Arbeit offensichtlich an einigen Sprechern vorbeiging. Er formuliert den ausdrücklichen Dank der SPD-Fraktion für dieses Ergebnis. Nun sind weitere Schritte erforderlich, um in die konkrete Umsetzung zu gehen. Einige Verwaltungsveränderungen sind bereits erkennbar. Die politischen Gremien sollten folgen, wobei es nicht der Stadtrat sein muss. Der Vorsitzende sieht den Ausschuss für Tourismus und den Tourismusbeirat im Anpassungsbedarf nach der Beschlussfassung.

Die Linke hat laut Herrn Popescu immer kritisch hingesehen, wenn es um die Kosten ging, den Projektbeirat aber immer engagiert begleitet. Er fragt, ob die Folgekosten und laufender Unterhalt für weitere Planungen vorgesehen sind oder schon für konkrete Maßnahmen; das Planungsbüro hat das Thema Stolpersteine projiziert, das seit Langem unterstützt wird. Außerdem möchte er wissen, ob es eine Prognose für weitere Kosten gibt. Es handelt sich laut Ausführung des Vorsitzenden um echte Maßnahmenkosten, konzeptionelle und Planungskosten fallen nicht mehr an. Unter "Stolpersteinen" sind nicht die Erinnerungssteine für deportierte jüdische Einwohner zu verstehen, sondern allgemeine Punkte der Aufmerksamkeitsgewinnung. Herr Popescu appelliert an den Rat, Geld für die Punkte auszugeben, die man sich im Leitbild auf die Fahnen schreibt. Schwerpunkte setzt er auf Kultur und Sportförderung.

Wiederholte Wortmeldungen werden mit Hinweis auf die Geschäftsordnung nicht mehr berücksichtigt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer beschließt mehrheitlich, den vorliegenden Abschlussbericht eines „Integrativen Stadtmarketingkonzeptes Speyer“ zur Grundlage für künftige Kommunikations- und Marketingmaßnahmen der Stadtverwaltung zu machen (bei 2 Gegenstimmen: C. Ableiter – BGS, Dr. Mohler – FWS, und 2 Enthaltungen: Rumpf – SWG, Röbosch – REP).

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Speyer
Vorlage: 1650/2015

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

Die vorlegte Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Speyer tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung in der Fassung vom 25.10.1999 außer Kraft.

Gegenstand: Erweiterung der städt. Integrativen Kindertagesstätte Pusteblume
Vorlage: 1647/2015

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der KiTa Pusteblume informiert der Vorsitzende über die Entwicklung bei Flüchtlingsfamilien mit Kindern. Das Land hat bei der Verwaltung wegen der Einrichtung eines Schwerpunktjugendamtes für unbetreut ankommende Kinder und Jugendliche angefragt. Die Stadt beabsichtigt eine entsprechende Interessensbekundung abzugeben.

Parallel dazu werden Gespräche mit den kirchlichen Trägern geführt, um keine Doppelstrukturen aufzubauen. Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass es sich überwiegend um muslimische Flüchtlinge handelt.

Frau Spiegel fragt nach einem Zeitplan für die KiTa-Erweiterung. Diese ist für das nächste KiTa-Jahr 2016/17 angedacht.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

Die städtische integrative Kindertagesstätte Pusteblume wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt um eine integrative Gruppe (5 Kinder mit Behinderung gem. SGB XII und 10 Kinder ohne Behinderung) erweitert.

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS), Verwendung des Jahresergebnisses
Vorlage: 1636/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses der EBS stellt der Stadtrat einstimmig den Jahresabschluss 2014 der EBS fest und stimmt folgender Gewinnverwendung zu:

Bilanzsumme:	<u>95.521.387,38 €</u>
Jahresergebnis:	
Erträge	14.733.301,44 €
Aufwendungen	<u>15.423.307,96 €</u>
Jahresverlust	<u>690.006,52 €</u>

Die Betriebszweige im Einzelnen:

1. Betriebszweig Abfalleinrichtung

Bilanzsumme:	<u>16.191.209,15 €</u>
Jahresergebnis:	
Erträge	4.799.802,35 €
Aufwendungen	<u>5.754.148,06 €</u>
Jahresverlust	<u>954.345,71 €</u>

Der Jahresverlust 2014 in Höhe von 954.345,71 € wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

2. Betriebszweig Abwassereinrichtung

Bilanzsumme:	<u>90.147.191,48 €</u>
Jahresergebnis:	
Erträge	9.944.414,69 €
Aufwendungen	<u>9.680.075,50 €</u>
Jahresgewinn	<u>264.339,19 €</u>

Der Jahresgewinn 2014 in Höhe von 264.339,19 € wird in die allgemeine Rücklage eingestellt.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

**Gegenstand: Bestellung Wirtschaftsprüfer Entsorgungsbetriebe Speyer für das
Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: 1640/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses der EBS beschließt der Stadtrat einstimmig, den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses der EBS, Betriebszweige Abfall- und Abwassereinrichtung, für das Wirtschaftsjahr 2015 an die Dr. Dornbach & Partner GmbH, Koblenz, zu erteilen. Die Beauftragung soll durch den Werkleiter erfolgen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1666/2015

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Ältestenrat (00.):	neu: Sandra Selg Ziegelofenweg 7 für: Hanna Tochtermann-Bischof	
Ausschuss für Tourismus (5.):	neu: Anja Ruppert-Keller Buchenweg 17 für: Dr. Sarah Mang	<i>unverändert</i> <i>(Julia Rehberger)</i>
Haupt- und Stiftungsausschuss (11.):	neu: Elke Sommermeyer für: Hanna Tochtermann-Bischof	neu: Sandra Selg Ziegelofenweg 7 für: Elke Sommermeyer
Personalausschuss (14.):	neu: Tobias Göck Friedrich-Hölderlin-Weg 20 für: Peter Durchholz	<i>unverändert</i> <i>(Elke Sommermeyer)</i>
Rechnungsprüfungs- ausschuss (15.):	neu: Simone Kerber-Wilke Im Oberkämmerer 45 für: Dr. Wulf Heisel	neu: Dr. Wulf Heisel für: Peter Durchholz
Sozialausschuss (18.):	neu: Bettina Schuff Viehtriftstraße 43 für: Sandra Selg	neu: Sandra Selg Ziegelofenweg 7 für: Philipp Rumpf

Stadtrechtausschuss (24.):	neu: Simone Kerber-Wilke Im Oberkämmerer 45 für: Peter Durchholz	
Umlegungsausschuss (27.):	neu: Michael Neugebauer für: Rainer Tochtermann	neu: Rainer Tochtermann Goethestraße 11 für: Michael Kuhnlein
Umweltausschuss (28.):	<i>unverändert</i> <i>(Julia Rehberger)</i>	neu: Monika Hogg-Mang Große Gailergasse 18 für: Philipp Rumpf

2. Auf Vorschlag des Beirates für Migration und Integration:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Ausschuss für Tourismus (5.):		neu: Michael Spirk Hetzelstraße 3 für: Maria Zammitto
Jugendhilfeausschuss (12.):	<i>unverändert</i> <i>(Dr. Brenda Hart Bohne)</i>	neu: Furkan Sayin Friedrich-Ebert-Straße 8 für: Maria Zammitto
Schulträgerausschuss (16.):		neu: Juliana Korovai Korngasse 28 für: Maria Zammitto
Sozialausschuss (18.):		neu: Juliana Korovai Korngasse 28 für: Maria Zammitto

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1668/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen oder Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.10.2015



13. Sitzung des Stadtrates 15.10.2015 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!